Als letzte demografische Variable wird der Einfluss von großen ethnischen Minderheiten, deren Herkunftsland nicht vom Zweiten Geburtenrückgang betroffen ist, auf die TFR untersucht. Operationalisiert wird diese Variable durch einen Dummy, dessen Einer-Ausprägungen mit Frankreich und USA jedoch nur zwei Länder betreffen.[250] Das generative Verhalten von Minderheiten ist von der Kultur des Ursprungsland erheblich geprägt (vgl. Andorka 1978:289) und von der des Wohnlandes erheblich abweichend[251], wenn sie in Herkunfts- und Wohnland ebenfalls stark unterschiedlich sind. Der Zusammenhang ist positiv und hat sich in den letzten Jahren in einen signifikanten Bereich bewegt (1995: r = 0,29, 2006: r = 0,41). Interessant ist der Vergleich der Regressionsgeraden für beide Jahre: Die Konstante liegt jeweils bei einer TFR von 1,58, der Koeffizient ist von 0,27 auf 0,46 gestiegen. Den Anstieg kann man damit erklären, dass der Anteil beider Minderheiten an der jeweiligen Gesamtbevölkerung in diesem Zeitraum gewachsen ist. Während die 26 anderen OECD-Länder 2006 im Durchschnitt also eine TFR von 1,58 haben, liegt sie in den beiden Ländern mit der beide Bedingungen erfüllenden ethnischen Minderheit bei 2,04. Die höchste und vierthöchste Geburtenrate der Industrieländer im Jahr 2006 hängt folglich auch mit dem Minderheitenfaktor zusammen. Die Variable kann aufgrund der geringen Ausprägungsvariation nur ergänzend zu anderen verwendet werden. Für die multivariate Analyse ist sie insofern hilfreich, da sie mit den anderen Faktoren weder theoretisch noch statistisch[252] in systematischem Zusammenhang steht.

5.9 Politisch-institutionelle Faktoren

Von den politisch-institutionellen Faktoren wird in diesem Abschnitt die TFR mit dem Einführungsjahr des Frauenwahlrechts, der Frauenrepräsentation im Parlament und den politischen Rechten nach dem Freedom-House-Index über den Zeitraum von 1970-2006 verglichen. Als vierte Variable wird der Einfluss des Systembruchs in den osteuropäischen Staaten auf die Fertilitätsraten analy-

250 Der Einfluss einer Minderheit, deren Herkunftsland ebenfalls vom Zweiten Geburtenrückgang betroffen ist, auf die TFR ist ebenso gering wie der einer kleinen Minderheit, die weniger als 5 oder gar weniger als 1 Prozent der Bevölkerung ausmacht. In den USA erfüllt die Hispanics-Minderheit und in Frankreich die nordafrikanische Minderheit beide Bedingungen für die Dummy-Kodierung als 1: Die Minderheiten sind groß und das Herkunftsland ist noch in einem Stadium des Demografischen Übergangs.

251 Die Hispanics-Minderheit hat TFR von 3,0 im Vergleich zu 1,8 der weißen Bevölkerung (vgl. Sleebos 2003:30). Zur afrikanischen Minderheit in Frankreich siehe: Birg 2003a.

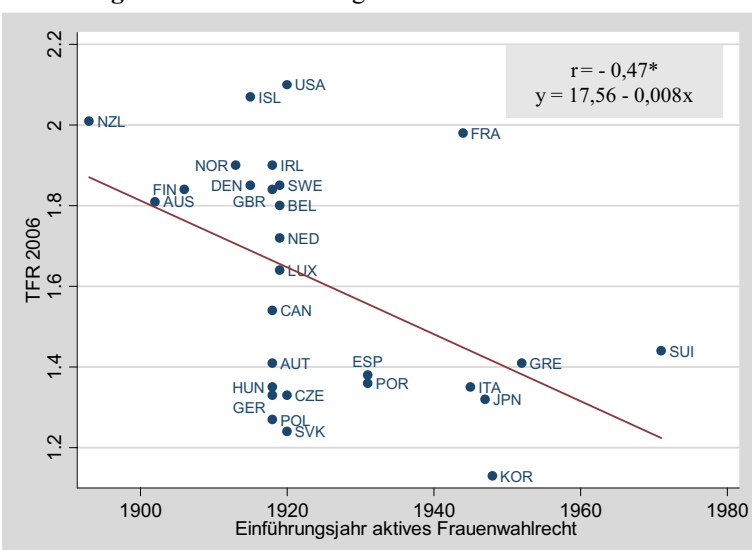
252 Keine der 40 anderen für 2005 errechneten unabhängigen Variablen korreliert im signifikanten Bereich mit dem Minderheitendummy, es gibt keine Interkorrelation, die größer als 0,4 ist.

https://doi.org/10.5771/9783845231211-255 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

siert, da dort nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime das wirtschaftliche und politische System transformiert wurde.

Das Einführungsjahr des aktiven Frauenwahlrechts steht zu Beginn des Zweiten Geburtenrückgangs in keinem statistischen Zusammenhang mit der TFR (siehe Abb. A-19), der Korrelationskoeffizient beträgt für 1970 0,05 und bleibt bis 1981 im engen Korridor zwischen 0,0 und 0,1. 1982 wechselt das Vorzeichen und bleibt seitdem negativ. In der Akkomodationsphase ist dieser Zusammenhang seit 1988 signifikant, der Koeffizient beträgt 2006 -0,47. Die ersten sechs Länder, die das Frauenwahlrecht eingeführt haben, haben 2006 alle Geburtenraten nahe der Ausgleichsrate, mindestens 1,81 (siehe Abb. 5-21). Umgekehrt haben von den acht Ländern, die es erst nach 1931 eingeführt haben, außer Frankreich alle Geburtenraten unterhalb 1,45. Hypothese H-9a wird durch diese Daten bestätigt: In der Diffusionsphase ist das Alter des Frauenwahlrechts unerheblich, in der Akkomodationsphase sind die Geburtenraten in Ländern mit längerer demokratischer Gleichberechtigungstradition erheblich höher. Wie lässt sich der Effekt dieser meist vor über 80 Jahren entstandenen Institutionen erklären? Diese Länder sind offener für gleichberechtigte Rollen von Frauen, sowohl im Wahlrecht als auch in der Berufsstruktur. Darüber hinaus könnten über das Wahlrecht die Interessen von Frauen insbesondere hinsichtlich von Familienpolitik stärker berücksichtigt wurden. Für diese These sprechen auch die Interkorrelationswerte (siehe Tab. A-4): Die Interkorrelation des Frauenwahlrechtalters mit familienpolitischen Ausgabequoten ist mit Werten bis zu -0,55 hoch.

Abbildung 5-21: Zusammenhang Alter Frauenwahlrecht und TFR 2006



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Inter-Parliamentary Union 2009, OECD 2009a.

https://doi.org/10.5771/9783845231211-255 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Der Zusammenhang der TFR mit dem Frauenanteil im Parlament (UN 2009) hat zwar das erwartet positive Vorzeichen, ist jedoch nicht signifikant (1996: r = 0,25, 2001: r = 0,33, 2006: r = 0,35).[253] Dieser Befund ist auf den ersten Blick erstaunlich. Er zeigt die langfristige Prägekraft institutioneller Faktoren und dass die langfristige Gleichberechtigungsorientierung schwerer wiegt als die aktuelle Repräsentation von Frauen im Parlament. Folgt man diesem Schluss, hat das wichtige Implikationen für die Akkomodationsphase: Die Trägheit der Kontextfaktoren ist erheblich, ein familienpolitischer Politikwechsel bedarf eines langen Atems, bis er sich positiv auf die Geburtenraten auswirkt. Insbesondere Deutschland, Österreich und Spanien haben einen hohen Frauenanteil im Parlament und niedrige Geburtenraten,[254] bei USA, Frankreich und Irland ist das Gegenteil der Fall (siehe Abb. A-20). Andererseits nähert sich der Anstieg des positiven Zusammenhangs zwischen TFR und parlamentarischer Frauenrepräsentation der Signifikanz an, die Variable entfaltet ihre Wirkung anscheinend erst über einen längeren Zeitraum.

Interessant ist der Zusammenhang der TFR mit den politischen Rechten gemäß der Freedom-House-Operationalisierung[255] (Freedom House 2009) in der Diffusionsphase: Im Jahr 1971 gibt es keinen statistischen Zusammenhang (r = 0,07), 1976 ist er bereits hochsignifikant (r = 0,50). Betrachtet man vergleichend die beiden Regressionsgeraden, kippt die Gerade für 1976 links herunter (siehe Abb. 5-22). Die Konstante fällt von 2,40 auf 1,79, während der Wert für die hohen Freedom-House-Werte bei gut 2,5 konstant bleibt. Hier zeigt sich eindrucksvoll die Bremskraft unfreiheitlicher Regime für den Zweiten Geburtenrückgang. Während in den meisten liberalen Demokratien in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die TFR stark fiel, blieb sie während der kommunistischen Regime Osteuropas und den autoritären Südeuropas konstant. Ähnlich wie bei BIPPC und Verhütungsmittelzugang lässt sich bei den politischen Rechten ein Anstieg des

253 Frauenwahlrecht und Frauenquote im Parlament interkorrelieren nur mit -0,44. Die parlamentarische Frauenrepräsentation ist hoch mit Familiendienstleistungen, v. a. Kinderbetreuungsausgaben pro Kopf, korreliert, während Frauenwahlrechtsalter stärker mit Familientransferleistungen in Zusammenhang stehen. Vgl. auch Tab. A-5.

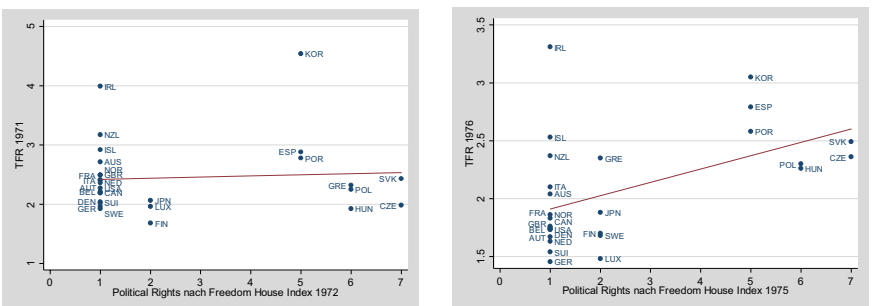
254 Das Ausklammern eines dieser Länder führt zu einem signifikanten Zusammenhang.

255 Der Freedom-House-Index klassifiziert das Ausmaß der politischen Rechte in einem Staat für jedes Jahr in einer 7-stufigen Skala, wobei die Stufen 1-2 freie, 3-5 teilweise freie und 6-7 unfreie Regime kennzeichnen (Freedom House 2009). Da die Skala streng genommen nicht die Annahme gleicher Skalenabstände erfüllt, wird zusätzlich ein Dummy eingesetzt, der die freien (Stufen 1-2) von den restlichen Staaten (Stufen 3-7) unterscheidet. Die 7-stufige Skala hat den erheblichen Vorteil, dass sie differenziertere Informationen insbesondere hinsichtlich des Übergangs von autoritären zu liberaldemokratischen Regimen beinhaltet. Hier wird die Freedom-House-Skala hauptsächlich verwendet und die Dummy-Werte ergänzend berechnet. Die Unterschiede sind minimal. Aufgrund fehlender Daten für 1970-71 werden dort die von 1972 berücksichtigt.

https://doi.org/10.5771/9783845231211-255 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zusammenhangs mit der TFR zu Beginn der Diffusionsphase nachweisen.[256] Der Zusammenhang ist von 1975-1979 und 1981-1987 signifikant (siehe Abb. A-21), die Bremskraft der unfreien Regime zeigt sich für die gesamte Diffusionsphase. Nach der Ablösung der griechischen Militärdiktatur (1974)[257] sowie der faschistischen Regime Spaniens und Portugals (1976-77) beruht der Zusammenhang in den 1980er Jahren auf Südkorea (1988) und den vier osteuropäischen Ländern (1990).[258] Die Bremskraft sämtlicher unfreier Regime wird durch die Befunde verdeutlicht.

Abbildung 5-22: Zusammenhang politische Rechte und TFR 1971 und 1976



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Freedom House 2009, OECD 2008a, SBA 2008c.

Die vierte und letzte politisch-institutionelle Variable versucht den Rückgang der Geburtenraten Osteuropas nach 1990 von einer anderen Perspektive zu erklären. Demnach hat nicht nur das Regime die Diffusion gebremst, sondern der ökonomische und politische Systembruch eine Unsicherheit verursacht, die zum drastischen Fall der Geburtenraten beigetragen hat. Auch diese zweite These – und damit H-9d – findet für das osteuropäische Phänomen empirische Bestätigung: Der alle vier Staaten dieser Ländergruppe mit Eins kodierende Systembruchdummy[259] erweist sich als enorm wirkungsstark. Seit 1994 sind die Geburtenraten in Osteuropa niedriger als in den anderen Ländern, ab 1998 bis 2006 (r = -0,45) ist der Zusammenhang signifikant.

256 Die Interkorrelationen sind mit -0,61 (BIPBP) und -0,6 (Verhütungsindikator) hoch, aber noch unter 0,7.

257 Die Jahreszahlen in Klammern beziehen sich auf das erste Jahr, in dem die Freedom-House-Kodierung unterhalb von 3 liegt, das Regime also als frei gilt.

258 Ab den 1990er Jahren macht dieser Indikator wenig Sinn, da seit 1990 alle 28 Länder als frei kodiert sind.

259 Im wiedervereinigten Deutschland sind rund 20 Prozent der Bevölkerung auch vom „Systembruch" betroffen, der sich auch erheblich auf die ostdeutsche Geburtenrate auswirkte (vgl. u. a. Höhn 1998:99ff). Eine Kodierung Deutschlands mit 0,2 verändert die skizzierten Ergebnisse ebenso wenig wie eine Ausklammerung Deutschlands.

https://doi.org/10.5771/9783845231211-255 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Zur Analyse des parteipolitischen Einflusses auf die Geburtenrate wird der Schmidt-Index verwendet, der die Regierungsbeteiligung der Parteien in einem fünfstufigen Links-Rechts-Schema klassifiziert, wobei Eins für eine Hegemonie der bürgerlichen Parteien und Fünf für eine sozialdemokratische steht (Schmidt 1980, 1982, 2009). Da eine parteipolitische Wirkung auf die TFR nur vermittelt über Gesetzgebung sowie Implementierung familienpolitischer Maßnahmen wirkt und auch die generative Reaktion nur bei einer gewissen familienpolitischen Kontinuität realistisch ist, ist ein parteipolitischer Einfluss durch die Regierungsbeeinflussung einer Partei erst über mehrere Jahre zu erwarten. Aus diesem Grund wird die Variable zuerst im 10-Jahres-Durchschnitt mit der TFR des Folgejahres und in einer weiteren Analyse der langfristige Durchschnitt der Jahre 1970-2005 bezogen auf die TFR von 2006 verglichen.[260]

Der Zusammenhang zwischen Parteifärbung der Regierung und Geburtenrate ist für 1970[261] negativ (r = -0,41, siehe Abb. A-22).[262] Dieser knapp signifikante Parteieneffekt widerspricht der Hypothese H-10a und lässt sich so interpretieren, dass Linksparteien-Regierungen einen „liberalen Standpunkt in der Familienpolitik" (Schmidt 1993a:65) einnehmen, wodurch die Diffusion des Zweiten Geburtenrückgangs erleichtert wird. Im weiteren Verlauf des Zweiten Geburtenrückgangs ist die parteipolitische Färbung der Regierung im Vorjahrzehnt ohne statistisch signifikanten Zusammenhang mit der TFR. Das Vorzeichen bleibt dabei bis Anfang der 1990er Jahre negativ und danach positiv, der Koeffizient beträgt 2006 0,07 (siehe Abb. A-23).

Wenn man die langfristige parteipolitische Regierungswirkung – im Folgenden durch den durchschnittlichen Schmidt-Index-Wert während des Zweiten Geburtenrückgangs von 1970-2005 operationalisiert – mit der TFR von 2006 vergleicht, gibt es einen insignifikanten positiven Zusammenhang von r = 0,15. Dieser hat bei Ausklammerung der beiden ostasiatischen Staaten sogar ein negatives Vorzeichen (siehe Abb. 5-23). Die Nullbefunde für den Parteienfaktor für die Akkomodationsphase, unabhängig ob man ein Jahrzehnt oder knapp vier Jahrzehnte der Regierungszeit berücksichtigt, widersprechen der Hypothese H-10b. Die Parteienfärbung hat der bivariaten Betrachtung nach keinen Einfluss auf die familienpolitische Anpassung an den Geburtenrückgang. Die Parteiendiffe-

260 In Deutschland, USA und Schweiz ist neben der Parteiendifferenz in nationalen Regierungen auch die in föderalen Ländern zu beachten (vgl. Schmidt et al. 2006, Wolf 2006).

261 Hier wird der Durchschnittswert des Schmidt-Index der Jahre 1960-1969 mit der TFR von 1970 verglichen.

262 Die Berechnung bezieht sich in den 1970er und 1980er Jahren auf 23 Staaten, die vier kommunistischen Osteuropas sowie Südkorea sind ausgeklammert. Danach bezieht sich die Analyse auf alle 28 OECD-Staaten.

https://doi.org/10.5771/9783845231211-255 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY